

20. August. Die seit der Ermordung König Alexanders abgebrochenen Beziehungen zwischen Serbien und England werden wiederhergestellt.

14. Oktober. Die Regierung erklärt sich in dem Handelskonflikt mit Oesterreich-Ungarn bereit, bei Staatsbestellungen die österröichisch-ungarische Industrie zu berücksichtigen, falls ein Handelsvertrag zustande komme; nur bei Beschaffung von Geschützen und Munition will sie freie Hand haben.

XIX.

Griechenland.

15. Februar. Wegen Differenzen mit dem Ministerium wird die Kammer aufgelöst.

Ende Februar. Im Piräus finden blutige Kämpfe zwischen Arettern und Mainotten statt, so daß Militär einschreiten muß.

8. April. Bei den Wahlen erhalten die Theokoliten eine große Mehrheit.

April. (Athen.) Die olympischen Spiele werden durch internationale Sportkämpfe gefeiert.

Anfang Juni. Griechenland und Bulgarien brechen wegen Kämpfen zwischen Griechen und Rußomalachen die diplomatischen Beziehungen ab. Am 14. teilt Minister des Auswärtigen Stufes in der Kammer darüber mit:

Als er in das Amt gelangt sei, habe er einen formellen Bruch der Beziehungen mit Rumänien vermeiden wollen. Rußland habe vorgeschlagen, die Verhandlungen nach St. Petersburg zu verlegen, Rumänien habe sich dem aber widersetzt. Die griechische Regierung schlug darauf vor, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Auch dies habe Rumänien abgelehnt und ebenso widerlegte es sich auch bei direkten Verhandlungen. Er erinnert an die antigrichischen Kundgebungen gegen die Kirche und die Gesandtschaft in Bukarest und an die Auswehung des griechischen Priesters Kalfat. Rumänien habe nicht nur jede Art von Verungüerung abgelehnt, sondern auch draconische Maßnahmen, insbesondere fiskalischer Art, ergriffen, welche die griechischen Untertanen in Rumänien treffen sollten. Diese ungerechtfertigte Haltung habe die griechische Regierung bewogen, nunnmehr alle Beziehungen zu Rumänien abzubrechen. Die Aufgabe, die Interessen Griechenlands in Rumänien wahrzunehmen, habe Rußland übernommen. Er hoffe, die Nation und die Kammer würden die Haltung der Regierung billigen und anerkennen, daß diese alle Mittel